Zeitschrift: Widerspruch : Beiträge zu sozialistischer Politik
Herausgeber: Widerspruch
Band: 6 (1986)
Heft: 12

Artikel: Alternativbetriebe und die praktische Moral
Autor: Vieli, Hans Peter
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-651854

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 15.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Hans Peter Vieli

Alternativbetriebe und die praktische Moral

Kommen die Selbstverwalter ohne neue Werte aus?

In philosophisch-theoretischen Zirkeln lässt sich grosszügig, das heisst grundsätzlich, aber unverbindlich, ohne Praxisbezug über neue Werte diskutieren; ein Luxus wohl und ein Privileg, aber auch ein leiser Frust: die Praxis wird von anderen, andersgerichteten Mächten dominiert.

In Alternativbetrieben werden zwar eher kleine Brötchen gebacken. Aber es fallen öfters Entscheidungen an, die einer moralischen und politischen Begründung bedürften. Und auch da geht es selten ohne Frust ab: Es gelingt oft nicht, die Entscheide sauber aus allgemein akzeptierten Grundwerten abzuleiten. In gelungenen Fällen gibt es mehr oder weniger gut gebastelte Hilfskonstruktionen. In schlechteren Zeiten müssen Versatzstücke aus ererbter, bürgerlicher Ideologie und Moral für die Rechtfertigung oder sogar für das diskussionslose Entscheidungsklima herhalten.

Kurze Vorgeschichte zur jetzigen Moral-Diskussion in der Selbstverwaltungsszene

„Gute" und „schlechte" Zeiten kamen und vergingen, abwechseln, aber nicht zufällig. Was die moralische Frage anbelangt, hingen sie jeweils stark mit dem „Zeitgeist" zusammen. Dieser wird für Alternativbetriebe durch die jeweilige Protestbewegung und ihr Verständnis von politischer Arbeit beziehungsweise alternativer Arbeitsmoral bestimmt (1). Die Zeit seit 68 (Gründerzeit der heutigen Alternativbetriebe) kann man grob in vier Phasen unterteilen:

1. Bis Mitte der siebziger Jahre dominierten stark theoretisch-politisch gefärbte Auffassungen von Gesellschaft und Politik. In dieser rationalistischen Grundstimmung wurde Moral meist mit Spiessermoral gleichgesetzt. Man versuchte also, moralische Richtlinien durch theoretisch-ideologische zu ersetzen. Das galt zum Beispiel auch für die Akzeptanz von Aufträgen in Alternativbetrieben (Man hatte dabei das Gespenst einer Unterwanderung von rechts im Auge!). Die elegante Richtlinie (frei nach Lenin) lautete für solche Fälle dann etwa so: Wir richten unseren Laden für die Bedürfnisse der Bewegung optimal ein (Ausrüstung und Arbeitsweise, Qualitätsniveau des Betriebes). Wenn ein bewegungsferner, kommerzieller Auftrag vorliegen sollte, gilt das Prinzip: Solange uns das Geld eines Kapitalisten beim Aufbau mithilft, nützt das auch der Bewegung. Nur wenn wir ihm mehr nützen, als er uns nützt (zum Beispiel weil er gerade ein lockeres Image braucht), wird der Auftrag abgelehnt (2). Zensur in irgendeiner Form verbot sich schon wegen der Heterogenität der Bewegung.

2. Ab etwa 75/76 verblassten die Nachwirkungen der politischen Moral aus der 68er-Bewegung immer mehr. Übriggeblieben waren verschiedene, zumeist ausserparlamentarische Gruppen (die ersten davon etwa ab 71), die sich

als Parteiaufbauorganisationen verstanden, sich aber vor allem untereinander ereiferten, ja sich zum Teil bitter bekämpften. In dieser Zeit begannen vermehrt Bürgerinitiativen aufzutreten, oftmals von ehemaligen 68ern initiiert. Mit der Stimmung des „Umdenken, umschwenken" (so der Titel einer Ausstellung in der ETH Zürich im Jahr 1975) wurde nun auch in breiteren Volkskreisen agitiert. Die neuen sozialen Bewegungen waren als Abwehrreaktion gegen den Dogmatismus der „Grüppchen" (3) viel weniger theoretisch und utopisch ausgerichtet, mehr erfahrungsgeleitet und existentiell interessiert (4). Das „Umschwenken" wurde innerhalb der Alternativszene auch zu einer harten Kritik an der sturen Realitätsform mancher (vor allem studentischer) 68er. Die Kritik an den Kollektivisten als Selbstausbeutern war die Kritik an einer Arbeitsmoral, die aus dieser Rationalität und den hinzukommenden Aufbauproblemen (Kapitalmenge, Berufsfremdheit) erwachsen war. Diese Kritik wurde zu einem langdauernden Streit auch in den Kollektiven selber, der sehr emotional und mit Schlagworten ausgetragen wurde („Selbstverwirklicher" gegen „Ideologen"). In dieser Zeit fand zwar eine Erosion aber noch kein Dammbruch der utopisch-ideologischen Ansprüche statt.

3. Die 80er-Bewegung unterlief dann das politische Selbstgefühl der früheren Protestgeneration. Sie brachte zwar ideologisch kaum neue Elemente, aber die buchstäbliche Durchschlagskraft ihrer Revolte liess alle Theoretiker zu Predigern verkümmern (5). Der Selbstverwaltungsbewegung, wie die Kollektive als Gesamtheit mittlerweile genannt wurden, raubte sie die Selbstsicherheit, manchmal sogar das Selbstverständnis: unversehens wurden die Kollektive von Pionierbetrieben zu Kleinkrämerläden herabgestuft – die Bewegung hatte ja schliesslich Grösseres im Sinn. „Wir wollen alles – subito" hiess ein Motto.

Der neue „Zeitgeist" verlangte Feeling statt theoretischem Denken und Handeln, Vibes statt Diskurs. Der rationalistische Anspruch von ehedem galt nichts mehr. Kunden der Alternativbetriebe, die nicht ins Feeling passten, bekamen das manchmal unverblümt zu spüren, wenn sie das Pech hatten, an einen Vertreter der neuen Generation zu gelangen. Es entwickelte sich eine Form von Anti-Moral, die, unhinterfragt, oft nicht weniger eng und diskriminierend war als die herkömmliche arrogante Bürgermoral.

4. Nach dem Abflauen der 80er-Bewegung – etwa 83 – begann eine Phase, die ich mit dem Titel „Ernüchterung und neuer Aufbruch" bezeichnen möchte. Dieser Titel drückt zugegebenermassen ein Stück Hoffnung aus. Seine Berechtigung wird er im besten Fall rückwirkend erhalten.

Ernüchterung einmal aus der Euphorie der 80er-Bewegung heraus, Ernüchterung aber auch der Selbstverwaltungs-Bewegung nach einer längeren Periode gegengesellschaftlicher Entwicklungen und Erfahrungen (6). Viele utopische Vorstellungen von damals mussten im Laufe der Zeit revidiert werden. Das geschah und geschieht immer noch in verschiedensten Formen: manchmal schleichend und den Beteiligten fast unbewusst, manchmal mit Krach und Getöse. Die radikale Aufhebung der Arbeitsteilung war etwas vom ersten, was ad acta gelegt wurde. Der Anspruch auf gleichen Lohn und Aufhebung der Trennung von Hand- und Kopfarbeit ist schon wesentlich resistenter. Tabus gibt es allerdings auch da kaum mehr. Gerade darum werden hier

Fragen nach emanzipatorischen Grundwerten wichtig, als einer Moral „nach innen" (7).

Statt durch eine ethische Haltung wird heute die Entwicklung in irgendeiner Richtung eher durch die zu erwartenden harten Interessenskämpfe in den Betriebsversammlungen gedämpft. Die Situation im Bereich der Selbstverwaltung präsentiert sich diffus. Zwischen Annäherungen an kapitalistische Betriebsführung und Beharren auf dem einmal eingeschlagenen Kollektiv-Weg der Selbstverwaltung existieren alle möglichen Varianten. Besonders betroffen sind die Hochlohn-Branchen (meistens kombiniert mit hohen Qualifikationsanforderungen). Dort bereitet es Mühe, den manchmal beträchtlich niedrigeren Kollektivlohn verständlich oder gar schmackhaft zu machen. Da aber heute kaum ein Kollektiv auf qualifizierte Fachleute verzichten kann, sind schleichende oder offene Kompromisse an der Tagesordnung.

Ist eine eigene Moraldiskussion in der Selbstverwaltung sinnvoll oder nötig?

Gibt es unter den geschilderten diffusen Umständen eine reale Grundlage für die Diskussion über praktische Moral in und unter Kollektiven? Und ist eine solche Diskussion überhaupt notwendig oder wenigstens nützlich?

Über beide Fragen wird in naher Zukunft in und unter Kollektiven kein Konsens herzustellen sein. Abgesehen davon, dass in Kollektiven nur wenige diskussionsfreudige Leute anzutreffen sind, herrscht grosse Ablehnung von allem, was sich als übergeordnete Institution entpuppen könnte. Davon einmal abgesehen, ist es frappant, wie sich die Mechanismen von ganz verschiedenen Betrieben ähneln, sofern sie ähnliche gruppendynamische Strukturen haben. Die Unterschiede bestehen dann, genau besehen, meistens in Stilfragen. Kaum ein gruppendynamisches Phänomen, das man nicht auch anderswo beobachten kann. Und auch die heissesten, von den Beteiligten als einzigartig und existentiell erlebten Konflikte wiederholen sich. Gerade dann, wenn in einer Gruppe so ein Konflikt am Schwelen oder bereits im Aufflammen ist, kann diese Tatsache als durchaus tröstlich gelten. Ob wir es wollen oder nicht: Wir sitzen im gleichen Boot, auch wenn jeder sich von den anderen abzugrenzen versucht.

Neben diesen strukturell bedingten Ähnlichkeiten gibt es aber auch äussere Zusammenhänge und Verflechtungen. Da ist einmal die Alternativszene (für die es immer noch keine präzisere Benennung gibt – bezeichnenderweise!), aus der sich Freunde und Kunden rekrutieren. Nicht zuletzt gibt es die Gegner, die uns eh alle in den selben Topf werfen. Gerade die Kunden bilden eine auch moralisch wichtige Anerkennungsbasis. Ob es Umweltschutzgruppen, politische Gruppen , linkskirchliche oder subkulturelle Gruppen sind: Ihr Impetus, unsere Arbeit zu unterstützen, ist allemal stark moralisch geprägt, ausgerichtet an unseren utopischen Zielen. Von daher kann es vorkommen, dass ein Kollektiv an einem Image festhält, das es von sich aus bereits abgeschüttelt hätte. Und in der Produktepalette passen sich die Betriebe ohnehin einigermassen den Kundenwünschen an: Welche Alternativbäckerei würde zum Beispiel ausschliesslich (oder überhaupt) Weissbrot backen, welche Druckerei würde sich weigern, Umweltschutzpapier zu drucken?

Moral als anpasserischer Opportunismus, der sich wirtschaftlich lohnt? Ganz gewiss hat kein Kollektiv mit einem ausgeprägten Marktlücken-Denken, einem Spürsinn dieser Art angefangen, aber einmal unterwegs beginnen Zwänge und Eigendynamik zu wirken, beispielsweise ganz banal der Überlebenszwang. Und diesen Zwängen sind die Kollektive um so wehrloser ausgeliefert, je weniger sie den Diskurs und, meinetwegen, eine gemeinsame ideologische Tradition zu entwickeln suchen. Die Zeiten heroischer Gesten als Demonstration der Eigenständigkeit sind lange vorbei. Statt rote Fahnen herauszuhängen, zeigt man heute lieber gehobene Lebensqualität. Wer, ganz besonders in der Schweiz, bewahrt diese davor, in eine bloss bürgerliche umzuschlagen? (8)

Falls wir das vermeiden wollen, kommen wir nicht um einen verstärkten Diskurs und um die Entwicklung von Institutionen herum. Dabei scheint es mir nicht einmal so wichtig, was genau als erstes realisiert wird. (Zurzeit ist eine Bildungsstätte im Rahmen des Netzwerks für Selbstverwaltung im Gespräch). Das wichtigste scheint mir die Erkenntnis, dass Autonomie nur beschränkt möglich ist. Wenn man nicht bereit ist, ein Stück davon zugunsten von gemeinsamen Entwicklungen innerhalb der Selbstverwaltung aufzugeben, wird man gezwungen sein, sich umso mehr an die bürgerlichen Bedingungen anzupassen. Statt also Institutionen überhaupt abzulehnen, sollten wir versuchen, sie anders zu gestalten.

Zurzeit laufen im Bereich des Netzwerks intensive Diskussionen über die Entwicklung der Strukturen in selbstverwalteten Betrieben. Neben Fragen wie Lohn, Hierarchie, Arbeitsteilung etc. wurde auch eine Diskussionskategorie "sinnvolle Inhalte" eingeführt. Sinnvolle Inhalte, das ist nichts anderes als Moral "gegen aussen" (9).

Moralische Entscheidungen gibt es in jedem Kollektiv

Am Herbst-Treffen der Kollektive in Salecina 1986 befasste sich nicht zufällig eine Arbeitsgruppe eingehender mit diesem Thema. Statt aber den obenerwähnten Fragen philosophisch nachzugehen, haben die Teilnehmer in gut pragmatischer Kollektiv-Tradition die Probe aufs Exempel gemacht: es wurden konkret ausgetragene Entscheidungsfälle diskutiert. Diese Fallbeispiele, so unterschiedlich gewichtet und geartet sie waren, haben gemeinsam, dass sie uns moralische Entscheidungen abverlangen. Es handelt sich um folgende konkrete Fälle:

– Soll, darf "Coca Light", "Cüpli" (Champagner im Glas), Eistee in alternativen Beizen ausgeschenkt werden?
– Dürfen Anzeigen von Prostituierten in Alternativzeitschriften aufgenommen werden?
– Darf ein Kontakt-Anzeiger für Schwule gedruckt werden?
– Müssen auch Vergewaltiger von Anwaltskollektiven verteidigt werden?
– Dürfen Reisen nach Südafrika, in die Türkei von alternativen Reisebüros organisiert werden?

In allen diesen Fällen ging/geht es den entsprechenden Kollektiven ökonomisch nicht ans Mark. Das Brechtsche Diktum (Zuerst das Fressen, dann

die Moral) fällt ausser Betracht. Um in dieser Situation "auf der sicheren Seite" zu bleiben, wäre also ein ablehnender Entscheid jeweils der einfachste Weg gewesen, aber auch der sterilste. Immer auf der widerspruchsreinen Seite bleiben zu wollen, kann puren Opportunismus oder Ängstlichkeit vor Auseinandersetzungen innerhalb und ausserhalb des Kollektivs bedeuten.

Diese bei Kollektiven als ganzen oft anzutreffende Ängstlichkeit, ja Biederkeit nicht nur in moralischen Fragen, widerspricht dem Anspruch der gegengesellschaftlichen Tendenz. Sie kommt aber nicht von ungefähr. Sie hängt zusammen mit der Art des Entscheidungsprozesses in der Gruppe. Die Kollektive haben es zwar geschafft, einige wesentliche der traditionellen Strukturen abzuschaffen. Während mehreren Jahren glaubte man, dass es auch ohne Strukturen gehen kann, ja sogar besser gehen sollte, wenn nur jeder sein Bestes beitrage. Im Verlauf einiger Jahre haben dann aber immer neue Konflikte, Umwandlungen in traditionelle Betriebsformen, zunehmend schneller Personenwechsel in manchen Betrieben zu denken gegeben. Es zeigte sich auch, dass eine strukturlose Situation für ein "Abenteuer auf die Schnelle" interessant, aber für eine längerfristige Entwicklung in und mit dem Kollektiv hoffnungslos ist.

Als schmalbrüstiger Ersatz für die nicht vorhandenen formellen bildeten sich häufig informelle Strukturen: eine durchaus gängige Form dieser Art ist das Kollektiv als "Familienunternehmen"(10). Was also einmal als Befreiung von strukturellen Zwängen gesehen wurde, droht heute die Weiterentwicklung der Selbstverwaltungs-Betriebe zu verhindern. Davon betroffen sind also nicht nur die moralischen Fragen, sondern alle innovativen Bereiche, während der Produktionsalltag weniger davon betroffen wird.

Dieses Problem ist heute den meisten Kollektiven bewusst. Gerade aus diesem Bewusstsein heraus bildete sich am erwähnten Treffen in Salecina eine Arbeitsgruppe zu strukturellen Fragen. Es ging dabei um Fragen wie etwa Mitbestimmung, Einheitslohn, Arbeitsteilung, Verhältnis der Generationen – und eben auch "sinnvolle Inhalte".

Als Strukturgruppe geht es uns, auch was die sinnvollen Inhalte anbelangt, schliesslich auch um Grundsätzlicheres als um die unmittelbar vorliegenden Fälle: Ist es möglich, als "Gemeinschaft der selbstverwalteten Betriebe" eine Tradition zu entwickeln, oder an eine (genossenschaftliche) anzuknüpfen, aus der heraus dann Einzelfälle bewusster, weniger anpasserisch entschieden werden können? Die Vorteile einer so erarbeiteten gemeinsamen Tradition liegen auf der Hand: Das einzelne Kollektiv wäre weniger dem Druck von Interessengruppen oder Kunden ausgesetzt, wenn es sich auf bewährte Richtlinien berufen könnte. Man müsste nicht bei jedem Entscheid die Diskussion wieder bei Null anfangen und könnte die Bewertungs- und Entscheidungskriterien weiterentwickeln, verfeinern. Im ganzen wäre damit besser gewährleistet, dass Fälle bewusst oder überhaupt aufs Tapet kommen.

Andrerseits dürfen auch die Gefahren einer solchen Berufung auf Tradition nicht ausser acht gelassen werden. Falls die Tradition mit der Zeit zu einer Art Katechismus erstarrt, könnten allzu gedankenlos entsprechende Richtlinien angewendet werden, also die Einzigartigkeit jedes Einzelfalles gar nicht oder zuwenig berücksichtigt werden. Die Gefahr, dass sich im Verlaufe

der Zeit eine Art bürokratische „Verwaltung ewiger Moralprinzipien" etabliert, ist allerdings ziemlich theoretisch: die zentrifugalen Kräfte der Selbstverwaltungs-Betriebe sind viel stärker als die zentralistischen.

Die Tatsache, dass die Diskussion, wie auch der vorliegende Artikel, so viel mehr um strukturelle Probleme als um die Fälle selber kreist, zeigt, dass auf diesem Gebiet noch viel Grundlagenarbeit zu leisten ist (11).

ANMERKUNGEN

1) Zum Verständnis von politischer Arbeit bzw. alternativer Arbeitsmoral: Es bestand praktisch seit 68, vor allem aber seit dem Aufkommen von Parteiaufbauorganisationen eine Diskussion darüber, ob Arbeit in infrastrukturellen Betrieben politische Arbeit sein könne; aus Parteikreisen kam meistens die Forderung, man solle neben der Aufbauarbeit in diesen Betrieben „auch noch politische Arbeit" leisten. Die Parteitheoretiker hatten einen umfassenden gesellschaftlichen Anspruch. Den Aufbau alternativer Betriebe betrachteten sie als nützliche, aber doch nebensächliche Angelegenheit. Einige, vor allem Trotzkisten , lehnten aus theoretischen Überlegungen solche „illusionären Nischen" sogar ab.
Diese Strömungen konzentrierten sich dann darauf, in den grossen Betrieben „zu intervenieren". Konkret hiess dies, bei geeigneten Gelegenheiten jeweils beim Schichtwechsel vor den Fabriken Flugblätter zu verteilen. Es wurden sogar Parteimitglieder zu jahrelanger Fabrikarbeit delegiert. Diese Leute pflegten dann bis zur Selbstverleugnung die Mentalität der Fabrikler anzunehmen: kurzer Haarschnitt, „anständige Kleidung", sogar Familie mit Kind wurde propagiert.
Die Motivation und Theorie der Gründer von Alternativbetrieben war indessen eine andere: Sie hatten Lust, ein interessanteres als das gängige einseitige Betriebsleben aufzubauen (mehrdimensional statt eindimensional). Sie fühlten sich als Mittelstandskinder und hatten kein ausgeprägtes Bedürfnis, bei den Arbeitern zu „intervenieren". Die Arbeit im Betrieb sahen sie anfangs ziemlich utopisch als ganzheitliche und daher natürlich auch politische Aufgabe. Schon bald wurde sogar die Freizeit in das Betriebsleben integriert, das heisst, durch dieses aufgefressen: Mangel an Kapital und Berufskenntnissen, unvorhergesehene Schwierigkeiten, die Utopie zu „realisieren", erzwangen eine immer rigidere Arbeitsmoral (ein typischer Spruch aus dieser Zeit: Investition von Arbeit statt von Kapital).
2) Einmal wurde zum Beispiel ein Druckauftrag des Soziologischen Institutes Zürich mit diesem Argument abgelehnt. Es handelte sich um Fragebogen für eine statistische Untersuchung der 80er-Bewegung. Das Druckkollektiv befürchtete, der Druckort sollte einen allfälligen andersgerichteten Zweck dieser Untersuchung vergessen lassen. (Ausserdem war es unter Druck von Seiten der Bewegung geraten).
3) Diese Gruppen hiessen in Frankreich groupuscules, in der Bundesrepublik K-Gruppen.
4) Vgl. dazu den Beitrag von W. Hollstein in: Netzwerk-Info Nr. 23/86
5) Vgl. dazu B. Rothschild über ‚Tertialisierung' in: Widerspruch 9/1985 S. 11 ff.
6) Vgl. dazu Beiträge in: Netzwerk-Infos Nr. 19/85; 22, 23/86
7) Innenmoral/Aussenmoral. Zu dieser Unterscheidung ein Beispiel: in den siebziger Jahren gab es unter den linken Filmern eine lange, erbittert geführte Diskussion über die Frage des „Autorenkinos": Sollte die Herstellung eines Filmes, der demokratische, alternative, oekologische Verhältnisse propagiert, seinen Inhalten entsprechen, also eher durch ein Autorenkollektiv als in der traditionellen, äusserst hierarchischen Manier hergestellt werden? Solange eine Filmergruppe den kollektiven schöpferischen Prozess als einen Grundwert betrachtet, wird es für sie ein inneres moralisches Gesetz sein, nicht Autoren- sondern Kollektivfilme herzustellen.
Während also Strukturfragen, Produktionsweisen, auch die Ökologie der Produktion zum inneren Moralbereich gehören, zählen die Inhalte der Produktion zur Zuständigkeit der Aussenmoral. Das kann der Inhalt eines Filmes, aber auch die Be-

schaffenheit eines verkauften Produktes sein. Die Fragen der Lebensqualität der Mitarbeiter zähle ich im weiteren Sinne zur Ökologie der Produktion.

8) Vgl. dazu die zum Teil kontroversen Darstellungen von W. Hollstein in: Info 23/86, und A. Baumann in: Widerspruch Nr. 11/86: Während Hollstein ausdrücklich einen politischen Überbau für die Selbstverwaltung postuliert, vertritt Baumann die These, dass eine ausgeglichene Balance zwischen Individuen und Gruppen am besten einen integralen Zusammenhang zwischen Leben (Wohnen) und Arbeiten herstellt. Ich kenne allerdings keine Beispiele, wo die letztere These auf längere Zeit und unter verschiedenen Generationen zutreffen würde, ohne dass die betreffende Gruppe sektiererischen Charakter angenommen hätte.

9) Vgl. Anmerkung 7)

10) Vgl. dazu B. Friedli über den Gruppenkonsens in: Info Nr. 22/86.

11) Eine Falldarstellung sei hier noch ausgeführt: Druck eines schwulen Kontaktanzeigers. Dieser Auftrag wurde als „heikel" auf die Traktandenliste der Betriebsversammlung gesetzt, und zwar nicht von einer zuständigen Person, die es für solche Fälle gar nicht gibt, sondern durch eine zufällige sensibilisierte Person. Der Betriebsversammlung lag ein gedrucktes Exemplar, eine frühere Ausgabe der Zeitschrift vor. Beim Durchblättern wurde schnell klar, dass darin neben vielen Kontaktinseraten auch kommerzielle Stricher ihre Dienste anboten. Ausserdem gab es nicht besonders Appetitliches aus dem Sado-Maso-Bereich. Abbildungen waren spärlich und nicht in Form von Hard-Pornos vorhanden. Als Einwände wurden vorgebracht: Vermarktung des Intimbereichs, zum Teil auf der Ebene von Perversionen. Befürwortende Argumente waren: Schwule haben in „normalen" Zeitungen wenig Chance, Kontakanzeigen unterzubringen. Der Herausgeber betreibt den Anzeiger zwar kommerziell, aber nicht nur: Er gehört selber zur Szene, der Anzeiger ist sein „liebstes Kind".

Sind Sie auch der Meinung, dass...

... Heimatlose in unserem Land ein Anrecht auf menschenwürdige Behandlung haben?

... Aussteigen aus der Kerntechnologie unumgänglich ist?

... Luft, Wasser und Erde als Lebensgrundlage geschützt ...

... und sozial Schwächere von der Gemeinschaft getragen werden müssen?

DANN SOLLTEN SIE UNBEDINGT DAS VOLKSRECHT ABONNIEREN!

Volksrecht

○ *Ich möchte Ihre Zeitung näher kennenlernen. Bitte schicken Sie sie mir*
  ○ *4 Wochen gratis und franko zu*
  ○ *3 Monate als Schnupper-Abonnement zum Spezialpreis von Fr. 25.–*

○ *Ich möchte Ihre Zeitung regelmässig lesen und bestelle darum zum Preis von Fr. 148.– (halbjährlich Fr. 78.–) ein Jahresabonnement.*

○ *Ich bin AHV-Bezüger/Student und möchte ein reduziertes Abonnement zu Fr. 88.– (halbjährlich Fr. 48.–)*

Name: _____

Vorname: _____

Strasse: _____

PLZ/Ort: _____